

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

4/2020

Demokratie stärken – mehr politische Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung!

Schweriner Erklärung der GEW



In der Schweriner Erklärung kritisiert die GEW, dass die Politische Bildung in den Stundentafeln an berufsbildenden Schulen auf ein Minimum reduziert und häufig fachfremd unterrichtet werde. Die GEW fordert, dass die Politische Bildung nicht nur als eigenständiges Fach mehr Wertschätzung erfahre, sondern vermehrt Querschnittsaufgabe aller anderen Unterrichtsfächer sein solle. Demnach solle sie im Unterricht regelmäßig mit schulischen Projekten der Mitwirkung und Mitgestaltung verbunden werden, in denen Schüler*innen auch die Wirksamkeit politischen Handelns erfahren könnten. Notwendig sei demnach u. a. die gleichwertige Verankerung der Politischen Bildung in den beruflichen Lernfeldern, Lernsituationen und in den Kammerprüfungen sowie der Ausbau der universitären Lehrkräftebildung für Politische Bildung an berufsbildenden Schulen.

Die Erklärung in voller Länge gibt es hier:

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Berufliche_Bildung/2020-06-18-Tagung-Politische-Bildung-und-Professionalisierung-Schwerin/20200619-Schweriner-Erklärung.pdf

Jetzt bewerben und ein Zeichen gegen Rechts und für Demokratie setzen!

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2020/2021

Noch bis zum 15. Januar 2021 können sich Auszubildende, Berufsschüler*innen und junge Gewerkschafter*innen an dem mittlerweile 14. Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ beteiligen. Gesucht werden Beiträge, die ein kreatives Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und für ein solidarisches Miteinander sowie Demokratie setzen. Bei der Wahl der Form des Beitrags sind die Teilnehmer*innen vollkommen frei. Die besten Beiträge werden bei der Preisverleihung am 19. März 2021 im Bremer Rathaus im Kreise der Schirmherren des Wettbewerbs, dem Präsi-

denten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Andreas Bovenschulte und dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, prämiert.

Mehr Informationen zur aktuellen Ausschreibung unter: <https://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>



Ergebnisse aus den qualitativen Expert*inneninterviews

Neues aus dem Kompetenznetzwerk

„Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“

Auch in der Sommerpause lag die Arbeit im vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ nicht still. Die Fachstelle Fachpersonal des Kumpelvereins führt im Jahr 2020 eine Bedarfsanalyse durch, um ihre Angebote für Lehrer*innen an berufsbildenden Schulen und Ausbilder*innen in den kommenden Jahren entsprechend der Ergebnisse aufstellen zu können. Im Rahmen der Analyse wurde im ersten Teil der Ist-Zustand der Bildungsmaterialien und Qualifizierungsangebote im Bereich der Demokratieförderung in der beruflichen Bildung ermittelt. Im zweiten Schritt wurden Expert*innen der beruflichen Bildung für qualitative Interviews ausgesucht. Berufsschullehrkräfte und Ausbilder*innen aus den Bundesländern Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen standen dem Projektpersonal in ca. zweistündigen Telefon-Interviews Rede und Antwort. Nach der Auswertung stehen nun die Ergebnisse der qualitativen Expert*inneninterviews bereit.

Bei der Auswertung wurde deutlich, dass das berufliche Selbstverständnis der Expert*innen über die Vermittlung von fachlichem Wissen hinausgeht. Die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und die Vermittlung von Soft Skills nehmen bei ihnen einen mindestens genauso großen Stellenwert ein. Besonders schätzen sie an ihrer Arbeit die große Vielfalt ihrer Schützlinge, die sie in einer spannenden Lebensphase begleiten dürfen, die sowohl neue Pflichten als auch neue politische Mitbestimmungsrechte mit sich bringt.

In Bezug auf Demokratieförderung sehen die Expert*innen eine große Notwendigkeit sozialpolitische

Themen im Curriculum zu stärken, betonen darüber hinaus aber gleichzeitig auch, dass Demokratie als Haltung von jedem Einzelnen gelebt werden muss. Das versuchen sie zu fördern, indem sie junge Menschen zu demokratischen Engagement motivieren.

Wenn sie antidemokratische Tendenzen bei Schüler*innen, Azubis oder Kolleg*innen bemerken, lassen sie diese überwiegend nicht so stehen, sondern suchen die aktive Auseinandersetzung. In ihrer eigenen Ausbildung hat Demokratieförderung leider keine Rolle gespielt. Trotz großer Bereitschaft sich persönlich zu informieren und zu bilden, mangelt es an professionellen Fortbildungsangeboten zum Thema Demokratieförderung. Das private Engagement Weniger reicht nicht aus, um einen qualitativ hochwertigen Standard in der Demokratieförderung in der beruflichen Bildung zu etablieren. Aber genau an dieser Stelle kommt die Fachstelle Fachpersonal des Kompetenznetzwerks ins Spiel. Durch Qualifizierungsseminare und die Herausgabe von Lehrmaterial soll in den nächsten Jahren die Demokratieförderung in der beruflichen Bildung gestärkt werden.

Die größten Hindernisse bei der Umsetzung demokratiefördernder Projekte sind nach Expert*innenmeinung in erster Linie der Zeitmangel und die fehlende Unterstützung von Seiten der Schulleitung und des Kollegiums. Nicht zuletzt wurden die Erwartungen der Expert*innen an zukünftige Qualifizierungsseminare und Unterrichtseinheiten ausgewertet. Um deren Inhalte und Durchführungsformate

wird es im nächsten Schritt bei der bundesweiten Online-Umfrage noch genauer gehen. Die Ergebnisse der gesamten Bedarfsanalyse werden dann in der ersten Jahreshälfte 2021 veröffentlicht.



„Mit Neonazis darf man nicht zusammen auf die Straße gehen!“

Gelbe Hand-Interview mit Anja Piel, DGB-Bundesvorstandsmitglied

Anja Piel ist seit Mai Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands. Sie trat die Nachfolge von Annelie Buntenbach an und ist u. a. zuständig für die Migrations- und Antirassismussarbeit. Dem Kumpelverein gehört sie als Fördermitglied an.

Anja, deine ersten 100 Tage im Amt sind schon um. Wie hast du den Einstieg in dein neues Amt erlebt?

Wir hatten einen guten Übergang – Annelie Buntenbach hat ihn begleitet, sie ist weiterhin ansprechbar, die vorhandenen Arbeitsstrukturen und Netzwerke habe ich übernehmen können und werde sie weiterhin gut pflegen. Es ist eine spannende neue Herausforderung. Aber es gibt ein tolles Team, ich kann auf viele Ideen, viele Aktivitäten und viel Erfahrung zurückgreifen. Das macht Spaß!

Du hast die Corona-Protestdemonstrationen in Berlin Anfang und Ende August erlebt, was denkst du dazu?

Ich will es nicht überbewerten – wir haben am 29. August ja keinen Sturm auf das Parlament erlebt, auch wenn die extreme Rechte das gerne so hätte und sich medial so in Szene setzt.

Drei mutige Polizeibeamte haben verhindert, dass ein Mob in das Reichstagsgebäude eindringt. Dennoch: Die Bilder vom Reichstag haben einen hohen Symbolwert. Da haben wir vor allem Reichsbürger und andere Neonazis gesehen, schwarz-weiß-rote Reichsfahnen dominierten das Bild. Und es geht alles einher mit unfassbaren Verschwörungserzählungen, auf die auch andere Kreise hereinfallen. In Berlin war eine wirklich unselige Mischung unterwegs: Selbst, wenn ich ein berechtigtes Anliegen habe und es einen realen Grund und konkrete Adressaten für meine Wut gibt – mit der extremen Rechten, mit Neonazis darf man nicht zusammen auf die Straße gehen!

Wir müssen sorgfältig sehen, dass sich die Kreise der Verschwörungstheoretiker und der Neonazis nicht noch weiter überschneiden. Und mir macht große Sorge, dass die Scheu schwindet, gemeinsam mit der extremen Rechten auf die Straße zu gehen und auf der Straße gesehen zu werden.

Die Bundesregierung hat, nicht zuletzt aus Anlass der jüngsten rechten Terrorserie, einen Kabinettsausschuss einberufen, der sich der Bekämpfung von Rechtsextremismus und



(Foto: DGB/Simone M. Neumann)

Rassismus widmen soll. Was sagt der DGB dazu?

Grundsätzlich begrüßen wir diesen Ausschuss und die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung, der extremen Rechten, Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten. Uns liegen dabei einige Dinge besonders am Herzen. Es ist wichtig, dass es ein Programm wie „Demokratie leben!“ gibt. Der Kumpelverein und die DGB-Jugend bilden hier ja auch ein starkes Kompetenznetzwerk zum Thema Berufliche Bildung. Extrem rechte, rassistische und antisemitische Einstellungen gibt es aber nicht nur bei Jugendlichen. Der rechte Terror hat ja eine lange Blutspur hinterlassen. Ein „NSU 2.0“ ist aktuell dabei, Menschen einzuschüchtern und hatte wohl Zugriff auf private Daten. Die Anschläge auf Dr. Walter Lübcke, in Halle und Hannau haben gezeigt: Es ist hohe Zeit zu handeln.

Was fehlt, und was fordert der DGB?

Wichtig ist uns, dass es einen Arbeitsweltbezug gibt. Wir waren verwundert, dass der Bundesarbeitsminister nicht ständiges Mitglied des Ausschusses ist – das Arbeitsleben spielt ja eine wichtige Rolle. Wir wissen ja auch, dass weder der Status als Arbeitnehmer*in noch der als Gewerkschaftsmitglied gegen extrem rechte und rassistische Weltanschauungen imprägniert. Wir meinen, dass es starker Mitbestimmungsgremien und der Initiative der Sozialpartner gemeinsam mit der Politik bedarf, um Demokratieförderung im Betrieb zu leben. Wir blicken da auch auf den sich abzeichnenden Strukturwandel, mit dem sich ein neues Einfallstor für die extreme Rechte in die Betriebe bilden könnte. Wir wollen auch die politische Bildung stärken. Ihr wisst das, der Kumpelverein ist ja selbst Bildungsträger: Die politische Bildung muss wieder gestärkt werden. Menschen müssen rechtlich und tatsächlich gestärkt werden, zum Beispiel ihr Recht auf Bildungsurlaub in Anspruch zu nehmen. Und wir müssen uns auch selbstkritisch fragen, ob es genügend Angebote einer an demokratischen Werten orientierten politischen Bildung gibt, welche Träger überhaupt noch unterwegs sind und welche Angebote in den ländlichen Räumen geschaffen werden können. Und schließlich wollen wir als einen wichtigen Punkt die Frage der Demokratieförderung durch die Zivilgesellschaft thematisieren – wir brauchen ein Demokratiefördergesetz, damit wir von der „Projektitis“ wegkommen. Zugleich sind die Träger massiven Angriffen, etwa durch die AfD, ausgesetzt. Die Zivilgesellschaft ist unglaublich wichtig, sonst würde auf vielen Feldern gar nichts passieren. Wir müssen das zarte Pflänzchen hegen und pflegen.

Anja, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview in voller Länge findet Ihr in der Online-Ausgabe des Magazins unter: <https://www.gelbehand.de/informiere-dich/newsletter/>

Gut wie immer und doch alles anders

Gelbe Hand beim IG-BCE-Bildungsseminar in Bad Münde

Traditionell ist die Gelbe Hand bei den IG-BCE-Bildungsseminaren zum Thema „Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“ in den Bildungszentren Kagel und Bad Münde mit einem Bildungsangebot dabei. In diesem Jahr war alles anders als gewohnt. Wegen der Corona-Pandemie musste das Seminar in Kagel abgesagt werden und das Seminar in Bad Münde fand unter den virusbedingten Hygienemaßnahmen statt. Für den Kumpelverein und seinen neuen Referenten, Caglar Ekici, war es der erste Bildungseinsatz nach einer langen Corona-Pause. Auch für Marco Jelic, der das Seminar leitete und Redakteur des Gelbe-Hand-Magazins „Aktiv für Chancengleichheit“ ist, war es eine neue Erfahrung, sich auf die vielen neuen Einschränkungen einzustellen. Die Teilnehmer*innen erhielten dennoch eine umfassende Weiterbildung. In den ersten Tagen ging es um die historische Entwicklung des

Rechtsextremismus in Deutschland sowie die aktuellen Gefahren. Auch die NS-Verbrechen standen mit dem Besuch des Konzentrationslagers und der Gedenkstätte Bergen-Belsen auf dem Programm.

In den letzten beiden Tagen des Seminars bekamen die Teilnehmer*innen einen Einblick in die Arbeitspraxis des Kumpelvereins. Dabei ging es um die Nutzung der Angebote des Kumpelvereins in der eigenen Arbeit im Betrieb, die betrieblichen Handlungsstrategien gegen Rassismus und die Strategien zur Abwehr rechter Sprüche. Insbesondere war es für die Teilnehmer*innen wichtig, Näheres über rechtliche Handlungsmöglichkeiten im Falle von Diskriminierungen zu erfahren.

Auch unter den Corona-Rahmenbedingungen gab es gute Gruppenarbeiten sowie sehr viele Diskussionen und Austausch, wie man es aus den Zeiten vor Corona gewohnt war.



Die Teilnehmer*innen des IG BCE-Seminars setzen mit der Gelben Hand ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

DGB begeht den Antikriegstag 2020 digital

(Quelle:
DGB/ FES AdSD)



Dieses Jahr ist Corona-bedingt alles anders – aber die Botschaft der Gewerkschaften bleibt die gleiche: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! „So lautet unumstößlich die Lehre, die wir Gewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen“, hieß es dazu im diesjährigen DGB-Aufruf zum Antikriegstag. Der Antikriegstag 2020 ist ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns, da sich die Befreiung vom Faschismus zum 75. Mal jährt. Mit seinem Überfall auf Polen am 1. September 1939 riss Nazi-Deutschland die Welt in den Abgrund: „Wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt.“ Es folgt im Aufruf ein Appell gegen das Aufrüsten, für Frieden und eine sozial gerechte Zukunft. Das waren auch die Themen des digitalen Antikriegstages, der am 1. September live

im Netz übertragen wurde. Der DGB hatte gemeinsam mit dem Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller in ver.di (VS) und ver.di ein Live-Programm zusammengestellt – mit Kulturprogramm, Interviews und Gesprächen. Zahlreiche Künstler*innen trugen Texte rund um die Themen Krieg und Frieden vor. Auch über die Folgen heutiger Kriege wurde gesprochen. Anna Kasparyan von der DGB-Jugend sprach über Situation von Geflüchteten auf den griechischen Inseln und forderte mehr Menschlichkeit. Es brauche sichere Fluchtwege, Seenotrettung und ein menschenwürdiges Leben: „Wir können nicht länger zusehen, dass Menschen sterben.“ Reiner Hoffmann sah im Interview auch in der verfehlten politischen Zielsetzung einen Grund für das viele Leid: „Fluchtursachen bekämpft man nicht mit steigenden Militärausgaben.“ Aufrüsten hätte Konflikte nie gelöst, sondern immer verschärft. Es gebe keine militärische Sicherheit. Des Weiteren

erlebe er in erschreckender Weise ein Erstarken von Rechtsnationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Man müsse daher gewerkschaftliche Werte von Solidarität, Gerechtigkeit, Vielfalt und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen, aber auch deutliche machen, wie man Lebensperspektiven sichern wolle. Das sei eine „ur-gewerkschaftliche“ Aufgabe. Zum Abschluss unterstrich Hoffmann: „Demokratie ist die Staatsform, die man jeden Tag neu praktizieren muss. Das ist eine Aufforderung für alle Demokraten sich gegen jegliche Form von Rechtsnationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Populismus zu wehren.“

Mehr Infos sowie die Aufzeichnung des digitalen Antikriegstages findet Ihr unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++99ca4590-dbf3-11ea-8428-001a4a160123>

Wir vergessen nicht!

Hanau: Gewerkschaften vor Ort auf der Kundgebung der „Initiative 19. Februar Hanau“



v.l. Alexander Klein, stellvertr. Geschäftsführer des ver.di-Bereichs Frankfurt a. M. und Region, Jasmina Petković, Vorsitzende ver.di-Landesmigrationsausschuss Hessen, Giuseppe Carrieri, stellvertr. Vorsitzender ver.di-Landesmigrationsausschuss Hessen (Foto: ver.di Migration)

Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saraçoğlu. Das sind die Namen der 9 jungen Menschen, die am 19. Februar durch ein rechtsextremes, rassistisches Attentat aus dem Leben gerissen wurden. Am 22. August, ein halbes Jahr später, fand auf dem Freiheitsplatz in Hanau eine Kundgebung statt, bei der es darum ging, zu gedenken, aber auch darum, Konsequenzen zu fordern – nach Gerechtigkeit, Aufklärung und einem entschiedeneren Kampf gegen Rassismus. Aufgerufen dazu hatte gemeinsam mit Angehörigen die „Initiative 19. Februar Hanau“, die die betroffenen Familien unterstützen und politisch gegen das Vergessen, für Aufklärung kämpfen. Auch der DGB Südosthessen mit Büro in Hanau war von Anbeginn bei der Gründung der Initiative organisatorisch involviert. In der letzten Monaten konnte man durch Bereitstellung von Räumen die Initiative unterstützen, für die geplante Demo am 22. August hatte man die Mitglieder mobilisiert, erklärt der DGB-Jugendbildungsreferent, Martin Hünemann. Die große Demo wurde dann Corona-bedingt abge-

sagt. Stattdessen die Kundgebung mit rund 250 Menschen, die dann live im Netz übertragen wurde. Martin Hünemann, auch die DGB-Regionsgeschäftsführerin Tanja Weigand und weitere Kolleg*innen waren dabei. „Für mich ist das erstmal eine Motivation, die aus der persönlichen Erschütterung über die Vorfälle kommt“, erzählt Hünemann. Politisch müsse es darum gehen, dass die Aufarbeitung nicht ende, sondern weitergehe. Wichtig sei die Unterstützung der Angehörigen: „Als Gewerkschaften ist jetzt von uns ganz konkret Solidarität gefordert.“ Gesamtgesellschaftlich müsse man die Stimme der von Rassismus Betroffenen stärken und selbst klare Haltung zeigen: „Rassismus im Alltag gilt es entgegenzutreten, egal, wo er auftritt.“ So sieht das auch Jasmina Petković. Die Vorsitzende des ver.di-Landesmigrationsausschusses Hessen war gemeinsam mit ver.di-Kolleg*innen des Migrationsausschusses Frankfurt und Region auf der Kundgebung. Die Ansprachen der Angehörigen haben sie sehr berührt: „Es braucht ein würdiges Gedenken und ein sichtbares Erinnerung im öffentlichen Raum.“ Von Hanau gehe auch der Auftrag aus, entschiedener zu handeln, denn: „Der Rassismus ist weiterhin da und spaltet die Gesellschaft.“ Man müsse sich verstärkt auch mit Diskriminierung und Rassismus in Behörden beschäftigen, das ginge aber nur im Dialog miteinander. Die Initiative 19. Februar Hanau wirft den Behörden Versagen vor, unter anderem weil der Täter als bekennender und bekannter Rassist weiterhin einen Waffenschein besitzen durfte. Die Initiative hat sich das Versprechen gegeben, weiter zu kämpfen, bis alles lückenlos aufgeklärt und politische Konsequenzen gezogen wurden.

Die Anfänge der NS-Zeit in Haltern am See

Gelbe-Hand-Fördermitglied veröffentlicht Buch über die NS-Zeit

Wie so viele Orte in Deutschland hat auch Haltern am See, ein idyllischer Naherholungsort im Ruhrgebiet, seine dunklen Kapitel in der NS-Zeit. Um eine solche Lokalgeschichte heute aufzubereiten, bedarf es jahrelanger, akribischer Archivarbeit. Über vier Jahre hat unser Fördermitglied, Ortwin Bickhove-Swidarski, DGB-Kreisvorsitzender in Coesfeld, über die Anfänge der NS-Zeit in Haltern am See recherchiert. Der langjährige hauptamtliche ver.di-Gewerkschaftsfunktionär ist nicht nur standhafter Gewerkschafter und bekennender Antifaschist, sondern auch ein passionierter Lokalhistoriker. In seinem Anfang des Jahres erschienenen Buch „Die Anfänge der NS-Zeit in Haltern am See“ (2020) werden erstmalig ausführlich die Zeit des Faschismus und die handelnden NSDAP-Funktionäre dargestellt, die in ganz Deutschland als Helden verehrt wurden. Er geht der Frage nach möglichen Opfern der Euthanasie nach und zum ersten Mal wird auch über die Bücherverbrennung in Haltern am See berichtet. Für das Gelbe Hand-Fördermitglied Bickhove-Swidarski ist die Aufarbeitung der Geschichte im Angesicht des heutigen Erstarkens rechter Kräfte wie der AfD elementar wichtig: „Anhand der Geschichte sieht man, wenn die Rechten an die Macht kommen, werden sie unsere freiheitliche Demokratie, so wie wir sie kennen, abschaffen. Daher wehret den Anfängen!“



Bickhove-Swidarski, Ortwin:
Die Anfänge der NS-Zeit in Haltern am See – und der Fall Bernard Gerwert aus Sythen, Dülmen : Laumann-Verlag, 2020.
ISBN 978-3-89960-481-8 : EURO 16,80.
Gerne stellt der Autor seine Bücher auf Veranstaltungen vor, z. B. bei Gewerkschaften oder Parteigliederungen.

Politisch aktiv, vielfältig und bunt – ver.di zeigt klare Kante gegen Rechts

Aktionswoche gegen Rechts des ver.di-Landesbezirks NRW



Ob am Rhein, im Ruhrgebiet oder in Westfalen – überall machten engagierte ver.di-Kolleg*innen deutlich, dass Nazis weder in Parlamenten noch in Betrieben erwünscht sind. Denn vom 17. bis zum 22. August hatte ver.di NRW mit Blick auf die am 13. September anstehenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zur Aktionswoche gegen Rechts aufgerufen unter dem Motto: Nazis raus aus Parlamenten und Betrieben. Landesweit fanden daher Aktionen in Betrieben, Dienststellen und Innenstädten statt, um ein klares Zeichen gegen rechte Ideologien und Parteien zu setzen. Dabei beeindruckten vor allem die kreativen Umsetzungsformen der Kolleg*innen: im Bezirk Düssel-Rhein-Wupper, aber auch in Duisburg, wurde mit Sprühaktionen und Plakaten in der Öff-

entlichkeit ein Zeichen gegen Hass und Hetze gesetzt, in Bonn saß unser Fördermitglied Joachim Mohr mit einer überdimensionierten Papp-Zeitung auf dem Münsterplatz, darauf die klare Botschaft: Nazis raus aus den Parlamenten. Gewerkschafter*innen aus Wuppertal organisierten einen Fahrradkors, bei dem sie historische Stätten und Gedenkorte nationalsozialistischer Verbrechen abfuhren und sich so mit der Lokalgeschichte auseinandersetzten. In vielen Betrieben und Verwaltungen, wie z. B. bei der Knappschaft Bahn-See in Bochum, rollten ver.di-Mitglieder in der Mittagspause Banner aus unter dem DGB-Motto: Rathaus nazifrei! Auch die Düsseldorfer ver.di-Landesbezirksverwaltung schmückt nun an der Außenfassade ein deutliches Statement gegen Rechts in Form eines Banners. Für Gabriele Schmidt, Landesbezirksleiterin ver.di NRW, gehört das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus zum Wertefundament der Gewerkschaften: „Wir setzen uns gemeinsam und solidarisch für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle ein. Ungeachtet der Herkunft, der Hautfarbe, der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit, der geschlechtlichen Identität oder Orientierung oder des Alters. Das ist unser Selbstverständnis als Gewerkschafter*innen. Die Aktionswoche mit Aktionen in ganz NRW hat noch einmal öffentlichkeitswirksam deutlich gemacht, dass wir keine ‚reine Tarifgewerkschaft‘, sondern politisch aktiv, vielfältig und bunt sind.“

Weitere Impressionen zur Aktionswoche findet ihr unter: <https://nrw.verdi.de/themen/nachrichten/++co++b12d5a96-d8ac-11ea-9f94-001a4a160100>

Argumente gegen Rechtspopulismus – 3. Auflage

Broschüre des Monats



Seit die AfD auf der politischen Bühne aufgetaucht ist, haben sich die deutsche Gesellschaft und der politische Umgang verändert. Beleidigungen, Anfeindungen, auch Morddrohungen aus der extremen Rechten sind an der Tagesordnung. Viele Kommunalpolitiker*innen kennen das aus eigener, leidvoller Erfahrung. Einige haben deshalb ihre Mandate zurückgegeben, um sich und ihre Familien zu schützen. Das ist ein Angriff auf unsere Demokratie – und vor der Kommunalwahl in NRW am 13. September 2020 rückt er stärker in den Fokus. Für den DGB NRW war das die Zeit, genau hinzuschauen und die dritte überarbeitete Auflage „Argumente gegen Rechtspopulismus“ zu veröffentlichen.

Was sagt die AfD zu den Themen Wohnen und Mobilität? Was zu den Zukunftsthemen wie Strukturwandel und Klimaschutz, die deutliche Veränderungen für Beschäftigte nach sich ziehen werden? Was sagt sie zur Bildungspolitik? Damit setzen sich die Argumentationskarten auseinander. Das Ergebnis? Die AfD hat kein Angebot, den Strukturwandel zu gestalten, keine Alternativen zu den drängenden Fragen unserer Zeit. Sie versucht konsequent, möglichst jede Frage auf ihr einziges zugkräftiges Thema zurückzuführen: Migration. Es geht ihr vor allem darum, ihr rassistisches und abwertendes Weltbild zu verbreiten. Für die Gewerkschaften in NRW ist klar: Das werden wir nicht hinnehmen. Die Argumentationskarten dienen dazu, diesem rassistischen Weltbild durch Aufklärung und Handeln zu begegnen und die AfD argumentativ und inhaltlich zu entlarven.

Die Argumentationskarten zum Download findet Ihr unter: <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++122fcbd8-d652-11ea-a3c1-001a4a16011a>

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion: Marco Jelich
Heide Siepmann
Caglar Ekici

Fotos: Gelbe Hand, ver.di Migration, ver.di NRW, DGB NRW

Verlag und Produktion:

digiteam
Volkardeyer Straße 1
40878 Ratingen
info@digiteam.de
Tel.: 0211-779299-0

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen.

An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- | | |
|---|---|
| 1. Ortwin Bickhove-Swidarski , ver.di, DGB Kreisvorsitzender, Dülmen-Rorup | 7. Sylvia Meyer , IG BCE, Wunsdorf |
| 2. Melanie Hackl , IG BCE, Berlin | 8. Domenik Pflughaupt , IG BCE, Hannover |
| 3. Manuel Holzapfel , IG BCE, Reutern | 9. Anja Piel , DGB, GF Bundesvorstand, Oldenburg |
| 4. Olivier Houegnifioh , Duisburg | 10. Heike u. Uwe Tonkel , IG BCE, Gelsenkirchen |
| 5. Christin Kentsch , IG BCE, Referentin, Hoyerswerda | 11. Frank Treude , IG BCE, Gelsenkirchen |
| 6. Thomas Meise , IG BCE, Bielefeld | |

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Giovanni Pollice, Vorsitzender